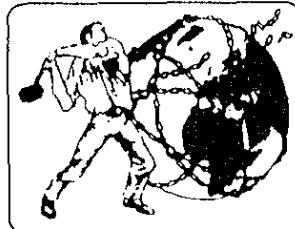


GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6-7/03

Juni-Juli 2003

Mit Polizei, Zwickels und Medien wie „Bild“ forcieren der deutsche Imperialismus die Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung:

Die IG-Metall-Führung bricht die eigene Satzung: Streikabbruch ohne Urabstimmung!

Vier Wochen lang, vom 1.6.2003 bis 28.6.2003, streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Metall- und Elektroindustrie in den Tarifbezirken Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) für die 35 Stunden Woche und den Fortbestand der bereits abgeschlossenen Tarifverträge. Die Kollegen und Kolleginnen der Stahlindustrie streikten gleichzeitig eine Woche. Dieser gerechte Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Deutschland war lange überfällig. Es sollte endlich Schluss sein damit, dass in den sogenannten neuen Bundesländern 8,6 Prozent weniger Geld für die gleiche Arbeit bezahlt wird. Denn die Kolleginnen und Kollegen erhalten für 38 Stunden den gleichen Lohn wie ihre Kollegen und Kolleginnen im Westen für 35 Stunden.

Von Anfang an waren die Streikenden mit einer gigantischen Hetzkampagne nicht nur durch die Kapitalistenverbände, sondern auch durch die Berliner Politiker und bürgerlichen Medien konfrontiert. Mit Hetztiraden wie: „Die Deutschen arbeiten fast 400 Stunden zu wenig“, „Die Region stirbt!“, „Die IG-Metall hinterlässt eine blutige Spur“ wurde versucht die Streikfront zu brechen.

Für die Streikenden völlig überraschend und die eh nur spärlich vorhandenen innergewerkschaftlichen demokratischen Regeln mit Füßen tretend (ein Streikabbruch ist laut IG-Metall-Satzung erst nach Urabstimmung möglich), trat der Vorsitzende der IG-Metall Zwickel am 28.6.03 nach einer ergebnislosen Verhandlungsruine vor die Presse und erklärte die Kapitulation der IG-Metall: der Streik sei gescheitert und wird beendet.

Die neue Qualität der Hetzkampagne der bürgerlichen Medien, die massive Einmischung bürgerlicher Politiker bis hin zur Aufforderung, den Lohnkampf sofort zu beenden, im Zusammenspiel mit den Streikbruchaktivitäten von Betriebsrätsfürsten der Automobilindustrie in Westdeutschland und dem undemokratischen Streikabbruch durch Zwickel, im Nachhinein abgesegnet durch den IG-Metall-Vorstand, zeigt die zunehmende Verstärkung der Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung in Deutschland.

Der Beginn des Streiks für die gerechte Forderung nach der 35-Stunden-Woche

Bei den Tarifverhandlungen 1996 konnte die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie und in der Metall- und Elektroindustrie in den sogenannten fünf neuen Bundesländern nicht erreicht werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren weiter gezwungen, 38 Stunden die Woche für das gleiche Geld wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen für 35 Stunden zu arbeiten und damit faktisch 8,6 Prozent weniger Lohn in Kauf zu nehmen. Die Kapitalistenverbände hatten sich damals zu der Zusage durchgerungen, im Jahr 2003 über die Einführung der 35 Stunden Woche zu ver-

handeln. Diese Verhandlungen sollten aber jetzt tatsächlich dazu genutzt werden, die Möglichkeiten zu schaffen, die Arbeitszeiten in den Betrieben noch weiter auszudehnen. Das „Angebot“ der Kapitalisten lautete: Es soll ein Zeitkorridor von 35-40 Stunden geschaffen werden, innerhalb dessen die Betriebe die wöchentliche Arbeitzeit selbst festlegen sollten. Ein Freizeitausgleich für Arbeitszeiten über 38 Stunden hinaus soll nicht stattfinden. Dies bedeutet faktisch die Wiedereinführung der 40-Stundenwoche! (Metall aktuell Juni 2003)

Gleichzeitig haben die Kapitalistenverbände die bestehenden Tarifverträge gekündigt und damit auch Leistungen wie Urlaubsgeld, Überstundenzuschläge und das Übernahmerecht der Auszubildenden für 12 Monate in Frage gestellt.

Aktuelle Schlaglichter zu den weltweiten Kämpfen gegen den deutschen Imperialismus

■ Im Dezember 2001 ließ der Reifenhersteller Continental mit Sitz in Hannover seine Tochterfirma Continental-Euzkadi in El Salto in Mexiko mit rund 1160 Beschäftigten unter Bruch der mexikanischen Gesetze schließen und warf die Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße.

Die Schließung war der Auftakt für den seit ein-einhalf Jahre andauernden Kampf der Continental-Euzkadi Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie besetzten die Fabrik, stellten Wachen auf und blockierten die Ausgänge, um den Abtransport der Maschinen zu verhindern. Sie organisierten zahlreiche Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Schließlich begannen sie im Januar 2002 einen Protestkonvoi in das 900 km entfernte Mexiko City. Auf dem Weg dorthin organisierten sie in mehreren Städten Versammlungen, darunter in San Luis Potosi mit den Arbeiterinnen und Arbeitern des zweiten mexikanischen Continental-Werks General Tire und in Puebla, wo sie mit den Arbeiterinnen und Arbeitern des VW-Werks zusammentrafen und sich berieten. Am 5. Februar 2002 demonstrierten die Continental-Euzkadi Arbeiterinnen und Arbeitern mit über 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch Mexiko City.¹ Eine Arbeiterdelegation besuchte diesen Mai zum zweiten Mal Deutschland, um auf der Continental-Aktionärsversammlung ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und direkt Kontakte mit den Kolleginnen und Kollegen des Werkes in Hannover zu knüpfen. Zu diesem Zweck verteilten sie vor den Werkstoren ein Flugblatt an die Adresse der Continental-Arbeiterinnen und Arbeiter in Hannover. Seit ein-einhalf Jahren erhalten die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen von Continental-Euzkadi weder Lohn noch Arbeitslosengeld und haben damit u.a. auch keinen Anspruch auf Gesundheitsfürsorge. Aufgrund dieser unerträglichen Lebensbedingungen sind schon zwei Arbeiter an Krankheiten gestorben.

Darüber hinaus sind die Kolleginnen und Kollegen Bestechungsversuchen und Denunziationen seitens der Continental-Geschäftsleitung sowie Verfolgung und Verhaftung durch den in ihrem Auftrag handelnden mexikanischen Staat ausgesetzt.

Im zweiten mexikanischen Continental-Werk General Tire setzten die Arbeiterinnen und Arbeiter im April 2003 die bisherige kompromisslerische und kapitalistensfreudliche Gewerkschaftsleitung ab, da diese hinter ihrem Rücken Vereinbarungen mit dem Continental-Vorstand getroffen und Entlassungen kämpferischer Kolleginnen und Kollegen zugesummt hatte. Continental verweigert seitdem den von 90 Prozent der Belegschaft neu gewählten Vertreterinnen und Vertretern die Anerkennung.²

■ Im mexikanischen Puebla protestierten am 12. Juli 2003 mehrere Tausend VW-Arbeiterinnen und -Arbeiter mit einer kämpferischen Demonstration gegen die angedrohten Pläne des VW-Vorstandes, rund 2000 Kolleginnen und Kollegen ihres VW-Werks zu entlassen.³

■ In Brasilien besetzten Mitte Juli rund 9000 Erwerbs- und Obdachlose der Bewegung Sem Teto das VW-Betriebsgelände von São Bernardo do Campo nahe São Paulo. Ein Photograph, der über die Kämpfe berichtete, wurde erschossen.⁴ Inzwischen wurde das Gelände mit brutalem Polizeieinsatz geräumt.

¹ Crónica de una lucha ejemplar: El Sindical de Euzkadi enfrenta a la transnacional Continental y al gobierno mexicano: <http://mx.geocities.com/snrte2002/cronica.htm>

² Aus dem Flugblatt der Arbeiter der Continental-Euzkadi „Ein Jahr und fünf Monate ohne Lösung, ohne Arbeit!“

³ Yahoo-Nachrichten, 13.7.03

⁴ Frankfurter Rundschau, 23.7.03

Nachdem bei der Urabstimmung 79,9 Prozent der Kolleginnen und Kollegen für den Streik stimmten, begann am 1.6.2003 der Streik in der Stahl- und in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost). Die Nachschicht des VW-Motorenwerks Chemnitz trat nahezu zum selben Zeitpunkt in den Streik, an dem der SPD-Parteitag sein Programm zur Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland „Agenda 2010“ verabschiedet hatte.

Ab diesem Zeitpunkt streikten täglich 6000 bis 12.000 der insgesamt 320.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Metall- und Elektroindustrie in ca. 15 Betrieben in den nächsten vier Wochen.

Bereits nach nur 6 Tagen kam es zu einem Tarifabschluss in der Stahlindustrie, einem Abschluss, der von den Kapitalisten jederzeit wieder unterlaufen werden kann: Ab dem 1.4.2005 soll die Arbeitszeit auf 37 Stunden verkürzt werden, ab dem 1.4.2007 auf 36 Stunden, ab dem 1.4.2009 auf 35 Stunden, aber nur dann wenn es die „wirtschaftliche Situation der Betriebe erlaubt“ (!!). Das heißt, dass die Einführung der 35-Stunden-Woche weiterhin fraglich ist und durch die Kapitalisten mit der Behauptung, ihre wirtschaftliche Situation lasse die Arbeitszeitverkürzung nicht zu, wieder gestoppt werden kann. Die Kolleginnen und Kollegen stimmten trotzdem in der Urabstimmung zu 59,9 Prozent mit ja.

Die Gewerkschaftsführung hatte sich wohl von dem schnellen Ergebnis versprochen, dass nun ein ähnlich fauler Kompromiss auch in der Metall- und Elektroindustrie geschlossen werden könnte und damit ein schnelles Ende des Arbeitskampfes heranrückt.

Die Kapitalistenverbände blieben bei ihrer Forderung nach Ausweitung der Arbeitszeit unerbittlich. Der „Metallarbeitgeberverband Sachsen“ ließ verlauten, er würde sich lieber selbst auflösen, als einen Millimeter nachzugeben.

Gleichzeitig nahm die Hetze in den bürgerlichen Medien und durch Politiker der Berliner Parteien zu und der Druck auf die Streikenden verstärkte sich. Den Streikenden wurde das Recht, für ihre berechtigten Forderungen nach gleichen Arbeitsbedingungen wie in Westdeutschland zu kämpfen, abgesprochen. Dazu mussten die fadenscheinigsten Argumente herhalten wie die Lebenshaltungskosten seien im Osten ja auch geringer als im Westen, weshalb weniger Lohn gerechtfertigt wäre. Ein Argument, von dem sich leider auch Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Gewerkschaften beeindrucken ließen.

Wirtschaftsminister Clement hielt die Forderung der Streikenden für mehr Gerechtigkeit für „abwegig“ (Frankfurter Rundschau 31.5.03). Der Präsident des BDA Dieter Hundt forderte die gesetzliche Aufhebung des „Erpressungspotentials“ und damit faktisch die Abschaffung des Streikrechts. Der Vorsitzende von Gesamtmetall drohte mit dem Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen. BMW und VW drohten über die Medien mit dem Stopp von Investitionen und der Verlagerung von Arbeitsplätzen in sogenannte „Billiglohnländer“. Die bürgerlichen Medien – allen voran die Bildzeitung – nahmen diese Stichworte bereitwillig auf und überzogen die Streikenden mit übelsten Beschimpfungen und Unterstellungen. Während des Streiks waren folgende Schlagzeilen an der Tagesordnung: „Metallstreik gefährdet 20.000 Arbeitsplätze“ (Bildzeitung 1.6.03), „Diktat der Minderheit“ (Handelsblatt 2.6.03), „Arbeitsplätze wegstreiken“ (Süddeutsche Zeitung 31.5./1.6.03), „Kampf der Minderheiten“ (SZ 3.6.03).

Insbesondere wurde auch das Argument, die Kolleginnen und Kollegen im Osten wollten gar nicht streiken, das sei ihnen nur durch die IG-Metall-Führung aufgedrängt, immer wieder in den Medien lan-

giert. So titelte die Bildzeitung am 19.6.03: „West-Gewerkschafter lassen Ost-Arbeiter nicht an die Maschinen.“ Von Anfang an wurde spekuliert, ob die Urabstimmung der IG-Metall nicht gefälscht gewesen war. Es sollte damit der Eindruck erweckt werden, dass die Streikfront bröckelte und es unter den Kolleginnen und Kollegen in Wirklichkeit keine Mehrheiten für den Streik gegeben habe.

Der Streik geht trotz aller Einschüchterungsmaßnahmen weiter!

Am 5.6.03 zogen 500 Streikende zu der Zahnradfabrik in Gruna, die dem Vorsitzenden des Metall-Kapitalistenverbands in Sachsen, Bodo Finger gehört. Finger hatte sich von Anfang an als besonderer Scharfmacher gegen die Streikenden hervorgetan. Die Streikenden mauerten die Eingangstür der Fabrik zu und blockierten die Zufahrtsstraßen. Finger hatte sich bereits im Vorfeld aus dem Staub gemacht und seinen Betrieb an diesem Tag geschlossen.

Am 19.6.2003 waren immer noch insgesamt 11.300 Arbeiter und Arbeiterinnen in 15 Betrieben im Streik.

Die IG-Metall wurde an diesem Tag zu einem Ordnungsgeld in Höhe von 25.000 Euro verurteilt, weil die Kolleginnen und Kollegen den Zugang zum Bombardier-Werk Henningsdorf und zum ZS Getriebewerk erfolgreich blockiert hatten, damit Streikbrecher nicht ins Werk gelangen konnten. Die Kolleginnen und Kollegen waren völlig zu recht nicht bereit sich an den juristisch legalistischen Rahmen zu halten, wonach Streikende immer eine Gasse für „Arbeitswillige“ freilassen müssen, damit Streikbrecher ungehinderten Zugang zu den Betrieben haben.

Auch bei Federal Mogul hatten die Streikbrecher zunächst keine Chance. Die Zufahrtswege waren blockiert. Der Leiter des Werks Thomas Werner berichtet am 20.6.2003 fassungslos: „Wir haben gerade versucht, einen Bus mit Arbeitswilligen ins Werk zu bringen, für 100 Meter haben wir über eine Stunde gebraucht.“ (Financial Times 20.6.2003) Auch hier zeigte das Verbot des Arbeitsgerichts Dresden keine Wirkung. Federal Mogul ließ die Streikbrecher daraufhin mit Hubschraubern ins Werk einfliegen und drohte mit Polizeieinsatz gegen die Streikenden. Nach dem Gerichtsurteil marschierte eine Hundertschaft Polizei auf und sorgte dafür, dass eine Gasse von 3 Metern für die Streikbrecher frei blieb (SZ 20.6.03). Die IG-Metall-Führung beendete in diesem Werk den Streik am 20.6.2003.

Solidaritätsaktionen durch Kolleginnen und Kollegen aus Westdeutschland

Zunächst muß festgestellt werden, dass in den westlichen Tarifbezirken nicht ein Warnstreik, nicht eine Demonstration zur Unterstützung des Streikziels stattgefunden hat. Verschiedentlich gab es Flugblätter in den Betrieben. Dennoch gab es auch Beispiele praktischer Solidarität. Kolleginnen und Kollegen von Daimler Chrysler, Porsche, Thyssen Krupp, VW, BMW, ZF-Saarbrücken und aus vielen anderen Betrieben standen tageweise Streikposten. Die Blockade-Aktionen bei Federal Mogul, VW und ZS Getriebewerk wurden tatkräftig unterstützt durch Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen, hauptsächlich aus den VW-Werken.

Bei VW in Salzgitter weigerte sich die Belegschaft, Streikbrecherarbeit zu verrichten. Dort sollten die Getriebe produziert werden, die in Chem-

nitz auf Grund des Streiks nicht mehr produziert werden können. In Salzgitter fand daraufhin eine fünf-stündige Betriebsversammlung statt, die die Produktion lahmlegte.

Der Streik zeigt Fernwirkung in anderen Automobilbetrieben und die Hetze gegen die Streikenden nimmt weiter zu

Die IG-Metall schloß bis zum 21.6.03 in ca. 8 Betrieben sogenannte Haistarifverträge direkt mit den Betrieben selbst ab, die alle einen ähnlichen Kompromiss enthielten wie der Tarifvertrag in der Stahlindustrie.

Am 23.6.03 zeigte der Streik Fernwirkung bei BMW in Regensburg und München. Der Getriebehersteller ZF konnte nicht mehr liefern. BMW konnte 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter nicht beschäftigen. Statt die eintretende Fernwirkung zu begrüßen, da sie den Druck auf die Kapitalistenverbände erhöht, auf die Streikforderung der Kolleginnen und Kollegen einzugehen, erklärt die IG-Metall in einer Presseerklärung: „Die IG-Metall bedauert mögliche streikbedingte Produktionsausfälle in der Autoindustrie“ (Nr. 88/2003, 19.6.2003).

Am 27.6.03 zeigt sich die Fernwirkung auch bei VW in Wolfsburg. Hier können ca. 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter nicht weiterproduzieren, weil die Teile aus Chemnitz und Zwickau nicht geliefert werden können.

Jetzt meldeten sich auch verschiedentlich die vom Kapital bestochenen Betriebsrätsfürsten aus westdeutschen Betrieben der Automobilindustrie zu Wort, fielen den Streikenden in den Rücken und stellten sich auf die Seite der Streikbrecher, so z. B. der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Daimler-Chrysler Erich Klemm und von VW Klaus Volkert. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Opel Franz, hetzt ganz offen: „Die Streiks für die 35-Stunden-Woche im Osten waren niemals von einer breiten Bewegung in der Arbeitnehmerschaft getragen. Ich bin dafür, dass alle Streiks ab sofort beendet werden, damit schnell eine vernünftige Verhandlungslösung erreicht werden kann“ (Die Welt 26.6.03). Eine Haltung, die nach Satzung der IG-Metall zu einem Gewerkschaftsausschluß führen kann, denn für Streikbrecher ist selbst in § 11 dieser reformistischen Satzung die Möglichkeit zum sofortigen Ausschluß bei Streikbruch vorgesehen.

Die Tarifkommissionen Berlin-Brandenburg und Sachsen stellen immerhin am 29.6.03 in der ihr eigenen Sprache klar: „In den letzten Streikwochen wurde die Fernwirkung auf einige westdeutsche Automobilhersteller und Zulieferbetriebe der Autoindustrie deutlich. Jedem Beteiligten war von Anfang an klar, dass eine Fernwirkung auf westdeutsche Betriebe nicht auszuschließen war. Es ist gerade Sinn und Zweck eines Arbeitskampfes, Wirkung auf die Arbeitgeber (sprich: Kapitalisten, A.d.R.) zu erzielen.“

Die IG-Metall-Führung bricht den Streik ohne Urabstimmung ab!

Vor der letzten Verhandlungs runde fand am 27.6.2003 ein Treffen zwischen Schröder und den Gewerkschaftsführern der einzelnen Gewerkschaften statt. Die Gewerkschaftsfürsten bestätigten Schröder nochmal, dass sie jeden Kampf gegen die „Agenda 2010“ unterlassen werden, und die IG-Metall-Führung betonte, dass es ihr darum geht, dass „SPD und Gewerkschaften wieder zu einer vernünftigen Kooperation finden“, so der Zwickel Vertraute Klaus Lang (Handelsblatt vom 27.6.03).

Hetze der bürgerlichen Medien und Politiker!

„IG Metall hinterlässt eine blutige Spur“

Welt 3.6.2003

Ein dummer Streik

FAZ 22.6.2003

Armes Deutschland

Der Metall-Streik und seine bösen Folgen

Welt am Sonntag 22.6.2003

METALL-STREIK

Diktat der Minderheit

Handelsblatt 2.6.2003

STREIK

Diktat der Minderheit

Die IG Metall stützt sich im sächsischen Arbeitskampf auf weniger als acht Prozent der Beschäftigten

Focus 10.6.2003

Der Wahnsinns-Streik

Mitten in der Rezession und ausgerechnet im Armenhaus der Republik kämpft die IG Metall für kürzere Arbeitszeiten. Betroffen ist besonders die Automobilindustrie. An ihr hängen in Ostdeutschland 100 000 Arbeitsplätze. Und die werden durch den Streik keineswegs sicherer.

Spiegel 26/2003

bot soll verhindern, dass die Streikenden Nachteile haben, wenn sie an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, z.B. durch Lohnabzüge oder Schadensersatzforderungen durch die Kapitalisten wegen angeblichen Schäden, die ihnen während des Streiks entstanden sind. Die IG-Metall-Führung zeigt damit in aller Deutlichkeit, dass sie auf kämpferische Kolleginnen und Kollegen keinen Wert legt.

Die fadenscheinige Begründung des IG-Metall-Vorstands, keine Urabstimmung durchzuführen, lautete, die Streikfront habe so gebrückelt, eine Urabstimmung sei nicht notwendig gewesen. Es bleibt die Frage offen, ob die Urabstimmung ergeben hätte, dass die Streikfront in den Betrieben ungebrochen stand und der Streik gegen den Willen der IG-Metall-Führung weitergeführt hätte werden müssen. Die IG-Metall-Führung tut alles, um die Frage nach der Stärke der Streikfront nicht auf zu klären, über den Satzungsverstoss verliert sie kein Wort.

Statt dessen hat sie sich nach Ende des Streiks in einen Streit um die Nachfolge Zwickels verwickelt und mit dieser Frage von den eigentlich brennenden Fragen abgelenkt. Die Opposition Peters zu Zwickel hat zwischenzeitlich auch schon längst ihr Ende gefunden, nachdem Herr Peters nun sicher sein kann, im August als Vorsitzender der IG-Metall gewählt zu werden. Zwischenzeitlich ließ Peters den Pressesprecher der IG-Metall Claus Eilrich feuern, weil er es gewagt hatte in einer Sonderausgabe der „Metall-Zeitung“ einen kritischen Bericht über Zwickel zu veröffentlichen (FR 16.8.03).

Das Arsenal der Politiker des deutschen Imperialismus: Hetze und Verleumdungen bis zur Forderung nach Abschaffung des Streikrechts

Den Politikern der Berliner Parteien geht es nicht um mehr Gerechtigkeit, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das ist in diesem Streik so gewesen und war auch in den vorangegangenen Kämpfen nicht anders. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der deutschen Imperialisten zu vertreten und nicht die Interessen der Arbeiterklasse. Dabei findet eine gewisse Rollenverteilung zwischen den einzelnen Parteien statt, es bestehen Unterschiede im Auftreten der einen oder anderen Partei. In aller Regel hielten sich die Politiker aller Parteien bei Streiks und Arbeiterkämpfen der letzten Jahre eher mit eindeutigen Äußerungen gegen Streiks zurück, man will ja schließlich potentielle Wähler unter der Arbeiterchaft nicht vor den Kopf stossen.

Bei diesem Streik liessen Politiker aller Berliner Parteien ihre Zurückhaltung fallen und zogen zum Teil schon vor Beginn des Streiks über die Streikenden und ihre gerechten Forderungen her. Weit aus dem Fenster gießt hat sich Wirtschaftsminister Clement, der sogar behauptet, die Forderung der Streikenden als gerecht zu bezeichnen, sei abwegig. Der Wirtschaftsexperte der SPD, Klaus von Dohnanyi, behauptete, die IG-Metall hinterliesse eine „blutige Spur“ (Die Welt, 3.6.03). Friedrich Merz von der CDU bezeichnet den Streik als „arbeitsplatzvernichtende Kampfansage“, Angela Merkel (CDU) fordert die Ausweitung der Arbeitszeit in ganz Deutschland (FR 23.6.03) und bezeichnet den Streik als „aberwitzig“, und Bundeskanzler Schröder sagt klar und deutlich, dass er kein Verständnis für die Streikwelle habe (Bildzeitung 23.6.03). Dem Chor der Hetz-tiraden folgen die Forderungen nach Abschaffung des Streikrechts (Netzzeitung.de, 28.6.03). Eines Streikrechts, das sowieso nur auf Streiks für ökonomische Forderungen beschränkt ist. Weiter wird der Ruf nach Schwächung des Ta-

Wie diese „vernünftige Kooperation“ aussehen soll, bekamen die Streikenden bald zu spüren.

Nachdem die Kapitalistenverbände das Angebot der IG-Metall auf stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche abgelehnt haben, trat der Erste Vorsitzende der IG Metall am 28.6.2003 vor die Presse und erklärte gegen alle demokratischen Regeln den Streik für gescheitert und beendet. Diese Entscheidung wurde ohne Urabstimmung und ohne die Tarifkommission getroffen. Es wurde noch nicht einmal ein „Maßregelungsverbot“ vereinbart, wie dies nach einem Streik üblich ist, um die am Streik beteiligten Kolleginnen und Kollegen wenigstens etwas vor Repressalien der Kapitalisten zu schützen.

Der Streikabbruch war eine „vernünftige Kooperation“ zwischen Gewerkschafts-Führung, Regierung und Kapitalisten auf dem Rücken der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter: Das Streikziel gleicher Lohn für gleiche Arbeit war nicht erreicht worden, die Tarifverträge sind weiterhin gekündigt und ohne Maßregelungsverbot sind die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen in noch größerem Masse als sowieso schon der Willkür der Kapitalisten ausgesetzt.

Belegschaftsversammlung nahmen sie deutlich Stellung:

„Wenn wir uns für unsere berechtigten Interessen mit legalen Mitteln einsetzen, werden wir mit Parolen überzogen, die teilweise an Volksverhetzung grenzen. Gleichzeitig wird die Gewerkschaft als völlig nutzlos und überholt dargestellt. Wir wollen hier mal klarstellen: Die Gewerkschaften und das Recht auf Streik als Mittel zur Durchsetzung von Forderungen ist notwendig und das werden wir uns nicht kaputt machen lassen.“ (Pressekündigung der Belegschaft Opel Eisenach, Labournet.de)

Die IG-Metall-Führung wollte von Anfang an auch keine Fernwirkung des Streiks in Westdeutschland erreichen, was in ihrer Pressekündigung klar zum Ausdruck kam. Dies ist alles nicht neu, wurde in anderen Streikbewegungen der letzten Jahre und Jahrzehnte schon zigmals so oder so ähnlich beobachtet und überrascht auch nicht. Wenn der DGB auf dem Prüfstand stand, ging es nicht etwa um die Frage, wie er zu einer revolutionären, auf die Zerschlagung dieses kapitalistischen Systems und seines Stattsapparats gerichteten kommunistischen Arbeiterbewegung steht. Da gibt es keinen Zweifel: Der DGB steht ohne Wenn und Aber, festgeschrieben in unzähligen Beschlüssen und Erklärungen, auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Nein, es ging um nicht mehr und nicht weniger als um „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, also um eine einfache gerechte ökonomische Forderung!

Neu ist die Tatsache, dass ein Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft nach einer erfolglosen Verhandlungsruhne mit den Kapitalistenverbänden vor die Presse tritt und den Streik für beendet erklärt. Vorbei an allen innergewerkschaftlich eh nur sehr spärlich vorhandenen demokratischen Regeln, vorbei an der Satzung der IG-Metall. Die Satzung schreibt zwingend vor, dass bei einer entscheidenden Wendung im Tarifkampf erneut eine Urabstimmung stattzufinden hat, in der entschieden werden muss, ob der Streik weiterzuführen ist oder nicht (§ 22). Bislang wurde noch immer eine solche Urabstimmung durchgeführt, wenn ein Streik beendet werden sollte. Der Streik wurde durch den Vorstand der IG-Metall auch abgebrochen, ohne die Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Streik ihren Kopf gehalten haben, zu schützen. Ein Maßregelungsver-

Zur Haltung der IG-Metall Führung: „Wer sich auf den Gewerkschaftsapparat verlässt ist verlassen!“

Wie für alle Streiks gilt auch für diesen „Wer sich auf den Gewerkschaftsapparat verlässt, ist verlassen“. Es gibt unzählige Beispiele, wo sich DGB- oder IG-Metall-Führer als Streikverhinderer, Streikbrecher, als Heuchler und Lügner erwiesen haben. Das lässt sich auch in diesem Streik gut aufzeigen. Der IG-Metall-Führung ging es von Anfang an nicht um eine starke Streikfront, die in der Lage ist, mit Kampfkraft und massivem Druck die Forderung nach der 35-Stunden-Woche durchzusetzen. So begann der Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, erst nach Pfingsten wurden Betriebe aus Brandenburg und Berlin(Ost) mit in den Streik einzbezogen. Die ca. 1900 Kolleginnen und Kollegen von Opel Eisenach durften überhaupt nicht am Streik teilnehmen, obwohl sie ihre Streikbereitschaft mehrfach zum Ausdruck gebracht haben. Auf einer

rechts laut, die Regelungen sollen künftig in den Betrieben selbst getroffen werden, vorbei am Tarifvertrag. Eine Forderung, mit der die Grünen schon vor Jahren angetreten sind. Damit soll die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter geschwächt werden, indem jede Belegschaft in ihrem Betrieb selbst mit den Kapitalisten um ihre Arbeitsbedingungen verhandeln und kämpfen muss.

Die bürgerlichen Medien überziehen die Streikenden vom ersten Streiktag an mit Haß- und Verleumdungstiraden

Die Erfahrung vergangener Streikbewegungen zeigt, dass die bürgerlichen Medien als Mittel der Imperialisten in der Regel zu Beginn der Kämpfe zunächst Verständnis und ein gewisses Maß an Sympathie heucheln, bis sie dann diese „Sympathie“ durch direkte Lügenpropaganda und Hetze ersetzen. Damit soll den Kämpfern die Spitze abgebrochen werden, es soll sich eine Atmosphäre der Resignation breit machen, in dem dann die Spaltungsmäuer der Kapitalisten auf fruchtbaren Boden fallen, damit dann die den Kapitalisten genommen faulen Kompromisse geschlossen werden können.

In diesem Streik haben die bürgerlichen Medien ein anderes „Rezept“ präsentiert. Sie haben von Anfang an Stellung genommen gegen die Streikbewegung. „Sympathie“ für die Streikenden und ihre gerechten Forderungen waren in keinem Artikel der namhaften Zeitungen oder Zeitschriften zu finden. Stattdessen ergoß sich eine wahre Haßtirade gegen die Streikenden: „absurd und gefährlich“ betitelt der Spiegel den Streik, von „Anmaßung“ spricht das Handelsblatt, „Irrsinn“ meint die Süddeutsche Zeitung usw. Es wird massiv die Angst vor noch mehr Erwerbslosigkeit geschürt, an der dann angeblich der Streik schuld sein soll. Die Spaltung in Ost und West wird vorangetrieben mit der Hetze, dass die Arbeiter im Westen den Streik im Osten bezahlen müssen, da die Arbeiter im Westen in Kurzarbeit gehen aufgrund der eingetretenen Fernwirkung.



Dies alles zeigt, wie sich die Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung verstärkt. Die deutschen Imperialisten wollen einen Zustand der „Friedhofsrufe“ in Deutschland. Eine „Friedhofsrufe“, die sie benötigen um ihre revanchistischen Pläne vorantreiben zu können, ihre Pläne zum Einsatz der Bundeswehr im Ausland, zur Führung neuer imperialistischer Kriege wie zuletzt in Afghanistan, um ihre Einflussphären auszudehnen, im direkten Konkurrenzkampf zu den anderen Imperialisten, um nicht nur die Arbeiterinnen und Arbeiter im eigenen Land möglichst reibungslos ausbeuten zu können,

sondern auch die Völker der vom deutschen Imperialismus abhängigen Länder und von seiner Bundeswehr besetzten Gebiete!

Den Legalismus bekämpfen!

Der Legalismus, die Verpflichtung der streikenden und demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter auf Einhaltung der Gesetze des bürgerlichen Staats und die Schürung von Illusionen in diese Gesetze, erwies sich immer wieder als mächtige Waffe von Bourgeoisie und Arbeit aristokratie, die die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Masse oftmals hilflos gegenüberstanden. Die Polizei musste in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter nach 1945 in der Regel noch nicht wirklich mit ernster massenhafter Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter rechnen.

Die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen aus diesem Streik zeigen, dass es richtig ist, sich nicht auf den eng gesteckten Rahmen der Legalität zu beschränken, der z.B. vorschreibt, eine Gasse für Streikbrecher zu den Betrieben freizulassen. Es gilt konsequent die Produktion zu verhindern und damit ein Kettenreaktion auch auf ander Betriebe auszulösen, die aufgrund der nichtgelieferten Teile auch nicht weiter produzieren können. Damit wird der Druck auf die Kapitalisten erhöht, den Forderungen der Streikenden nachzugeben, damit sie ihre Produktion wieder aufnehmen können. Ein wirksamer Streik ist nicht möglich, wenn den Streikbrechern ungehinderter Zugang zum Betrieb gewährt wird.

Tageskämpfe auch ohne und gegen den DGB-Apparat führen!

Eine weitere Erfahrung aus diesem Streik zeigt, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter auf ihre eigene Kraft verlassen müssen und nur dieser vertrauen können. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder den Gewerkschaftsapparat verlassen – dann sind sie verlassen!

Der DGB-Apparat hat überall dort, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter den sogenannten legalen Rahmen überschritten haben und die Betriebe wirksam gegen Streikbrecher abgeriegelt haben, die Streiks nach einem entsprechenden Gerichtsurteil ausgesetzt. Der DGB-Apparat hat den Streik bei BMW ausgesetzt als die Produktion auch im Westen zum Erliegen gekommen ist. Bevor der Streik Wirkung bei VW entfalten konnte wurde er von der IG-Metallführung beendet.

Nur wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., besteht die Möglichkeit, den Kampf auf eine andere Perspektive zu orientieren. Nur dann sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Tageskämpfen mit ihren öko-

nomischen und demokratischen Forderungen nicht ausschließlich davon abhängig ob die DGB-Führung es gerade für opportun hält diesen zu unterstützen, um sich bei der Arbeiterklasse anzubiedern. Oder ob er gerade seine Aufgabe darin sieht dem Kampf die Spitze abzubrechen, einen faulen Kompromiß zu schließen oder gar den Kampf ergebnislos als Niederlage für die Streikenden zu beenden. Nur dann haben die Arbeiterinnen und Arbeiter es selbst in der Hand den Kampf auch gegen den Willen der DGB-Führung weiterzuführen.



Wie gesagt, all das sind Tageskämpfe, die das kapitalistische System als Ganzes nicht in Frage stellen!

Die Aufgabe der kommunistischen Kräfte ist es, in allen diesen berechtigten Tageskämpfen, ihre Kampfkraft, ihre Aktivität, ihre Argumentation hinzu tragen, diese Kämpfe nach Kräften zu unterstützen. Sie werden dabei aber nicht verschweigen, daß jeder Tageskampf innerhalb des kapitalistischen Systems seine Grenzen hat. Erste Erfolge werden morgen direkt oder hintenherum wieder rückgängig gemacht, die allgemeine Verschlechterung der Lage läßt sich auf lange Sicht nur verlangsamen, wenn gekämpft wird, aber nicht stoppen. Aus jedem Tageskampf kann eigentlich und auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen. Vor allem geht es darum, dass sie ihren Kampf mit der revolutionären Perspektive verbinden und ihr unterordnen. Es geht darum, das kapitalistische Ausbeutersystem mit all seinen Wurzeln im bewaffneten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer Verbündeten unter Führung ihrer Kommunistischen Partei zu zerschlagen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und die sozialistische Demokratie zu entfalten, um eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft zu erkämpfen, eine Gesellschaft ohne Klassen, ohne Ausbeutung und Unterdrückung!



BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Aus den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter lernen!

Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Wie die Gewerkschaftsführung offen den Massenkampf von Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern verrät

In der unmittelbaren Nachkriegszeit halten die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben vielfach eine Reihe von Rechten durchgesetzt. Diese Rechte waren häufig auch in Betriebsvereinbarungen festgeschrieben, teilweise sogar in den Verfassungen einzelner Länder (z. B. in Hessen) gesetzlich fixiert. Die Betriebsräte verhielten sich in den Arbeitskämpfen und bei politischen Auseinandersetzungen (wie z. B. gegen die Remilitarisierung) oft nicht im Sinne des kapitalistischen „Betriebsfriedens“, sondern nutzten ihre Position durchaus für die Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen. Dem sollte nun ein Ende gemacht werden. Mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 holten die Sachwalter des Monopolkapitals zum folgenschweren reaktionären Schlag aus. Die bürgerlichen Politiker ließen keinen Zweifel über die Bedeutung, die sie der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) beimaßen: Die Betriebs-

räte sollten praktisch zu einem staatstragenden Ordnungsinstrument zur Wahrung des kapitalistischen „Betriebsfriedens“ gemacht werden.

Genau das machte der Gesetzentwurf (...)

Die Auftraggeber des Gesetzentwurfs, die Kapitalisten, lobten den Gesetzentwurf in den höchsten Tönen (...)

Dagegen rief die Veröffentlichung des Entwurfs den Protest von Millionen westdeutscher Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hervor. In der zweiten Maihälfte 1952 protestierten ungefähr 2,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktaute in allen Teilen Westdeutschlands mit Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Höhepunkt der Kämpfe ist der zweitägige politische Streik der Drucker: Am 28. und 29. Mai erscheinen in ganz Westdeutschland - sowie auch in Westberlin - keine Zeitungen.

(Auszug aus „Rot Front“ Nr. 5, 1998, S. 50/51)

Der Ford-Streik 1973

Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsändern treten als militante Kraft auf den Plan!

Die Fratze der Arbeiteraristokratie und des deutschen Chauvinismus zeigt sich offen

Vom 24. bis 30. August 1973 kam es im Ford-Werk Köln-Niehl zu dem bis heute härtesten Streik in der Geschichte des westdeutschen Staates (...)

Die kämpfenden Ford-Arbeiter, überwiegend aus der Türkei, überraschten die Ford-Kapitalisten durch die Entschlossenheit, Wucht und Militanz des Streiks. Der Ford-Streik hat nicht nur den Ford-Kapitalisten, son-

dern der gesamten Kapitalistenklasse Westdeutschlands Angst eingejagt und auch die Vertreter des reaktionären türkischen Staates auf den Plan gerufen. Die Auswertung der Streikfahrungen muß das Vorgehen der Streikenden und der Streiführung, die Taktik der Ford-Kapitalisten sowie die Haltung des Betriebsrats einschätzen und bewerten.

Kampfmethoden der Arbeiter

1. Es handelte sich um einen aktiven Massenstreik, bei dem wirklich die Massen der Streikenden mehr oder weniger ständig selbst in das Geschehen eingriffen, durch Massendemonstrationen auf dem Werksgelände, häufige Versammlungen, Torbewachung und Agitationsaufträge.

2. Die Arbeiter durchbrachen von vornherein die Fesseln der „sozialpartnerschaftlichen“ Institutionen und Gesetze, indem sie ohne Rücksicht auf die „Friedenspflicht“ des Betriebsverfassungsgesetzes in den Streik traten und ohne und gegen den unternehmenstreuen Betriebs-

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VOLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
Nr. 43 JULI 1988

Zum Kampf in Rheinhausen

• DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN!

• DIESE STADT IST NICHT UNSER STAAT!

• RHEINHAUSEN UND DER DGB

• UNTER UNS KEINE SKLAVEN, ÜBER UNS KEINE HERRN!

• KRIEGSVERBRECHER KRUPP

• ANHANG

MARXISTISCHE KOMMUNISTISCHE KONTAKTPUNKTE
• Das ist nicht der DGB! Das ist nicht die SPD!
• Das ist nicht der KDP! Das ist nicht die CDU!

rat ihre eigenen Kampforgane, insbesondere die eigene Streikleitung, wählten.

3. Die Arbeiter wählten den Weg der massenhaften Betriebsbesetzung, bei der während des Streiks möglichst die ganze Belegschaft im Werk ist. Durch die Besetzung der Tore mit Arbeitertrupps übernahmen sie die Kontrolle über das Werksgelände.

4. Die Streikenden zeigten gegenüber dem Klassenfeind Klassenwachsamkeit. Sie trafen Sicherheitsvorbereitungen gegen die drohende Verhaftung des Streikkomitees bei Verhandlungen, indem sie diesem Begleitschutz gaben, auf regelmäßigem Kontakt bestanden und vor allem auch Geiseln aus dem Betriebsrat nahmen. Dadurch haben sie die bereits geplante Verhaftung des Streikkomitees vereitelt.

5. Die streikenden Arbeiter haben umfangreiche Agitationsarbeit geleistet, um die Nichtstreikenden zu gewinnen, um die Arbeiter in den Heimen zu informieren und zu mobilisieren.

(Auszug aus „Rot Front“ Nr. 5, 1998, S. 116)

Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!
Proletarier aller Länder
und unterdrückte
Völker,
vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

- Streiks der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951–Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz.
- Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/57
- Septemberstreiks 1969–Pierburg 1973 Ford 1973–Ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W.I.Lenin:
Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, 8 Euro

Zum Kampf in Rheinhausen 1988

Der Kampf in Rheinhausen ist eine der wichtigsten Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten. Im Kampf in Rheinhausen wird die Stärke einer sich entfallenden Arbeiterbewegung sichtbar, die die Legalität nicht sklavisch anbetet. In diesen Kämpfen werden auch Illusionen zerstört. Das ist gut so, oft aber auch sehr schmerhaft. Illusionen über diesen Staat, dieses Wirtschaftssystem, über Politiker und die DGB-Führer, aber auch über den gegenwärtigen Zustand der Arbeiterbewegung. Denn auch die Schwäche der Arbeiterbewegung in Westdeutschland wird angesichts der harten Kämpfe in Rheinhausen sichtbar (...)

4000 Vertrauensleute für Urabstimmung – die Gewerkschaftsführung dagegen

Am 14. 1. 1988 stimmten 4000 Vertrauensleute dafür, die Erhaltung des Stahlstandortes Rheinhausen mit in die Tarifauseinanderset-

zung der Stahlindustrie hineinzunehmen. Damit hätte nach der beantragten Urabstimmung ein massenhafter, alle Stahlbetriebe erfassender, von der Gewerkschaft ganz legal organisierter und bezahlter Streik stattfinden können. Das sowieso vordergründige und formale Argument der DGB- und IG-Metall-Führer, sie könnten - leider, leider - kein Geld an die Rheinhausener zahlen, weil deren Streik ja nicht „legal“ sei, wäre dann weggefallen (ja, das sind die angeblich auch so „demokratischen“ Gesetze in der BRD).

Was aber tat die Gewerkschaftsführung? Eiskalt und zynisch wischte sie diesen Beschuß der 4 000 Vertrauensleute weg und scherte sich einen Dreck darum. Wer es bisher noch nicht geglaubt hatte, konnte sich nun überzeugen:

Die DGB- und IG-Metall-Führer sind ekelhafte Streikverhinderer, Streikbrecher, Heuchler und Lügner. Wer meint, sich auf diese Leute und ihren Apparat verlassen zu können, der ist selber verlassen.

(Auszug aus „Rot Front“ Nr. 7, 1999, S. 61,64)

Rot Front

Zum Kampf in Bischofferode 1993

Der bisher heftigste und mit am längsten andauernde Arbeitskampf gegen die quasi kolonialistischen Methoden der westdeutschen Imperialisten in der Ex-DDR zeichnet sich dadurch aus, daß er nicht unter der Regie der reaktionären DGB-Führung steht. Im Gegenteil - die „zuständige“ Führung der IG Bergbau und Energie mit ihrem Vorsitzenden Berger ist den Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in den Rücken gefallen und hat sich eindeutig und direkt gegen ihren Kampf ausgesprochen! Auch die sich zusätzlichen Formen des Kampfes wie Betriebsbesetzung und Hungerstreik, die bereits den Rahmen der üblichen Protestformen verlassen haben, weisen auf die große Bedeutung dieses Kampfes hin. Schließlich signalisiert die Aufforderung der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen von Bischofferode, sie durch Aktionen in anderen Betrieben zu unterstützen, auch den westdeutschen Imperialisten, daß es um mehr geht - und um noch mehr gehen kann - als um das unmittelbar anvisierte Kampfziel, die Arbeitsplätze in der Kali-Grube in

Bischofferode zu erhalten bzw. wirkliche Garantien für andere, gleichwertige Arbeitsplätze zu erkämpfen (Auszug aus „Rot Front“ Nr. 7, 1999, S. 109)

Zum Kampf der Bergarbeiter 1997

Erfahrungen aus dem militärischen Kampf der Bergarbeiter

Mehrere Tage lang kämpften Zehntausende Bergarbeiter mit vielfältigen Aktionen gegen die drohenden Betriebsstilllegungen und die angekündigte Beseitigung Zehntausender Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau. Während dieses Kampfes der Bergarbeiter wurden zwei Dinge sichtbar:

Erstens zeigte sich, daß es nicht immer gelingt, die Wut, die Entschlossenheit und den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter voll und ganz unter Kontrolle zu halten. Es wurde deutlich, welche Kraft in der Arbeiterklasse, in ihrem Kampf steckt, wenn die Arbeiterrinnen und Arbeiter ohne und gegen die großen und kleinen Arbeitgebertrüger kämpfen. Zweitens war nicht zu übersehen, wie groß der Einfluß der verfluchten Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsfürsten und auch revisionistischer Kräfte in den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse ist, wie relativ schnell eine großartige

tig sich entwickelnde Arbeiterbewegung gestoppt und in die Demoralisierung getrieben werden kann. Demoralisieren, demoralisieren und nochmals demoralisieren - das war und ist die Aufgabe der Arbeitgebertrüger an der Spitze der Gewerkschaften. Die falschen „Arbeiterfreunde“ unterstützen den Kampf, loben ihn heuchlerisch, um ihn im nächsten Augenblick abzuwürgen. Und unsere Schlußfolgerung daraus? Es geht darum, sich mit aller Kraft auf die Arbeiterklasse zu konzentrieren, ihre gerechten Kämpfe maximal zu unterstützen, innerhalb der Betriebe eine weitreichende Vernetzung zwischen den fortschrittlichsten Kräften zu schaffen. Es geht darum, die Kommunistische Partei innerhalb der Großbetriebe, der Hauptfestungen kapitalistischer Ausbeutung, systematisch aufzubauen, um die bürgerliche Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse bekämpfen und möglichst weitreichend besiegen zu können.

nen, um zur führenden Kraft in den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen das Kapital, gegen den Kapitalismus zu werden.

(Auszug aus „Rot Front“ Nr. 7, 1999, S. 141/142)

Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

(...) Wieder einmal hat sich gezeigt, dass es den Gewerkschaftsfürsten nicht darum geht, den berechtigten Forderungen der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter zum Durchbruch zu verhelfen. Zunächst werden die Kolleginnen und Kollegen zu Aktionen und zum Kampf ermutigt, um dann im geeigneten Moment zurückgepfiffen zu werden mit der Erklärung „mehr ist jetzt nicht drin, wenn wir weiter gestreikt hätten, wäre auch nicht viel mehr herausgekommen“. Die demoralisierende Wirkung, die vom „Abschalten“ der Kämpfe durch die DGB-Fürsten ausgeht, führt auch dazu, dass sich ein Gefühl der Ohnmacht verbreitet, was gerade kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter zermürben, fertigmachen und von künftigen Kämpfen abhalten soll.

Vom 17.6. 2002 bis zum 26.6.2002 streikten zum erstenmal seit 1945 insgesamt ca. 32.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter auf ca. 2800 Baustellen in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnherhöhungen. So wichtig und notwendig diese für viele Arbeiterinnen und Arbeiterersten Kampferfahrungen seit Jahrzehnten sind, zeigt aber auch dieser Streik das Dilemma von Kämpfen, die unter der Kontrolle der DGB-Führung und des DGB-Apparats stehen.

Erstens wird für unzureichende Forderungen (4,5 Prozent für alle Tarifarbeiterinnen und -arbeiter) mobilisiert, der Streik abgewürgt, wenn die Forderungen gerade mal zur Hälfte „durchgesetzt“ sind, was dann auch noch als großer Erfolg verkauft wird. Damit sind Demoralisierung und Resignation gerade auch bei den kämpferischen Kolleginnen und Kollegen vorprogrammiert.

Zweitens zeigt sich gerade an diesem Streik, wie durch die staatstragend-chauvinistische Politik der Gewerkschaftsführung die reaktionäre Bindung der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter an den deutschen Imperialismus vorangetrieben und zementiert wird. Denn nur vordergründig gilt bei Ihnen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für alle Arbeiterinnen und Arbeiter. In Wirklichkeit richtet sich ihre chauvinistische Politik gerade gegen die am meisten ausgebeuteten und entreichten Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunfts ländern, die gezwungen sind, hier ohne Papire zu leben und zu arbeiten.

(Auszug aus dem Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG,
„Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002“. Juli 2002)

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1/03 (Januar bis Februar 2003)

Friedensheuchelei des deutschen Imperialismus und Irak-Krieg

Krieg und Frieden ist für die deutsche Bourgeoisie vor allem eine Frage der kalkulierten Abwägung gemäß ihrer eigenen Profitinteressen. Ein Krieg gegen den Irak widerspricht zur Zeit den Interessen des deutschen Imperialismus. Um sich aber alle Optionen offen zu halten, mischt Deutschland gleichzeitig indirekt am bevorstehenden Irak-Krieg mit: deutsche Patriot-Raketen über die Niederlande an die Türkei, Überflugrechte an die USA, 7.000 deutsche Soldaten zur Bewachung militärische Objekte der USA in Deutschland, 17 Awacs mit etwa 170 Bundeswehrsoldaten, die als „fliegende Feuerleitstelle“ dienen, usw. (Jungle World 29.01.03/ ak 21.02.03)

Deutscher Innenminister forciert offen revanchistische Forderungen

Nachdem Otto Schily im Mai vergangenen Jahres die Aufhebung der Benes-Dekrete gefordert hatte, stimmte Anfang Dezember die bayrische SPD einem entsprechenden Antrag der CSU zu. Die Umsiedlungen der „Sudetendeutschen“ seien unrechtmäßig und menschenrechtswidrig. Die Tschechische Republik sowie alle anderen Länder, aus denen Deutsche „vertrieben“ worden seien, wurden aufgefordert, diese „Unrechtsgesetze“ aufzuheben. Die CDU verlangt immer wieder die Aufhebung der Benes-Dekrete als Bedingung des Beitritts Tschechiens zur EU. Dadurch soll das angebliche „Unrecht“ dieser Dekrete anerkannt und eine Grundlage für die Rückgabe von Eigentum und Entschädigungen geschaffen werden. Da diese Forderungen nicht in den Zeitplan der Bundesregierung für die Aufnahme der osteuropäischen Länder paßten, es aber die Ost-Erweiterung zügig voranzutreiben gilt, kann die Tschechische Regierung beitreten, ohne zunächst der Erpressung nachgeben zu müssen. Die revanchistischen deutschen Ansprüche bleiben jedoch bestehen. (Jungle World 08.01.03)

Polizeistaatspraktiken bei der Telefonüberwachung

Die Anzahl der Telefonüberwachungen ist laut einer bürgerlichen Studie aus Bielefeld seit 1995 auf das Fünffache gestiegen. 23.806 Anordnungen gab die zuständige Behörde für das Jahr 2001 an. Wie die Studie belegt, unterschrieben Richter und Richterinnen blind, was ihnen die Staatsanwaltschaft auf den Tisch legte, und genehmigten die Telefonüberwachung nahezu ungeprüft. Mit 90%iger Sicherheit wurden Überwachungsanträge genehmigt. Nur 3% der Betroffenen wurden darüber informiert. (raumzeit 10.02.03)

Polizeirazzia legt Arbeit einer Projektwerkstatt lahm

In der seit längerem im Visier von Polizei und Staatsschutz stehenden Projektwerkstatt Sassen (nahe Gießen) wurde am 10.01.03 eine Razzia durchgeführt - ohne Durchsuchungsbefehl und

ohne eine Liste der beschlagnahmten Gegenstände zu hinterlassen. Zwei Mitarbeiter der Projektwerkstatt wurden 24 Stunden festgenommen, als sie Flugblätter in der Nähe eines CDU-Standes verteilt hatten. (taz 14.01.03)

Flüchtling durch drohende Abschiebung in den Tod getrieben

Aus Angst vor seiner drohenden Abschiebung hat sich der aus Georgien stammende yezidische Flüchtling David Mamedov am 21. Januar in seiner Wohnung in Holte erhängt. David Mamedov war 1996 mit seiner Familie aus Georgien geflohen. Die Anerkennung als Asylberechtigte für ihn, seine Frau und seine drei Kinder war vom Verwaltungsgericht Minden wieder aufgehoben worden. (FR 22.01.03)

Kirchenasyl erneut angegriffen

Am 6. Januar brach die Polizei erstmals in Brandenburg ein Kirchenasyl. Die Polizei drang in die Gemeinde- und Privaträume des Pfarrers von Schwante ein, wo sie einen vietnamesischen Flüchtling und seinen fünfjährigen Sohn für die Abschiebung nach Vietnam festnehmen wollte.

Am gleichen Tag befaßte sich der Innenausschuß des brandenburgischen Landtages mit dem Thema Kirchenasyl. CDU und Grüne waren einvernehmlich der Meinung, daß in Zukunft härter gegen das Kirchenasyl vorgegangen werden müsse. Brandenburgs Innenminister Schönbohm betonte in einem Brief an die Polizeipräsidenten in Potsdam und Frankfurt (Oder), daß der „Respekt vor Kirchenasyl seine Grenzen in geltendem Recht“ finde und Polizisten dabei keine Konsequenzen zu befürchten haben. Hiermit spielte er auf die Anzeige des Pfarrers von Schwante gegen die Polizisten an, die in die Kirche eingedrungen waren, an. Am 22. Januar bestätigte der Oberstaatsanwalt von Neuruppin, daß es keine Ermittlungen gegen die Polizisten geben werde. (Jungle World 22.01.03, taz 23.01.03)

Großangelegte rassistische Kontrolle

Mit Schwerpunkt auf die Bahnhöfe in Frankfurt (Main) haben Polizei und BGS am 4. Februar die Papiere von 260 augenscheinlich aus anderen Herkunfts ländern stammenden Menschen kontrolliert. Ziel war die Suche nach „Illegalen“. 32 Menschen wurden dabei festgenommen, wovon 14 in Untersuchungs- oder Abschiebehaft kamen und zwei bereits am nächsten Tag abgeschoben wurden. (FR 07.02.03)

Hungerstreik von Flüchtlingen in Berlin

Am 20. Januar traten 68 Menschen, die im Berliner Abschiebegefängnis Köpenick/Grünau inhaftiert sind, in den Hungerstreik, um gegen gegen ihre unmenschliche Behandlung durch Polizisten, Ärzte und Sozialarbeiter, gegen lange Haftzeiten und für die Verbesserung der unzumutbaren hygienischen Verhältnisse zu kämpfen. 100 Antirassistenten und Antirassisten demonstrierten am 24. Januar in Berlin, um den Kampf der

Hungerstreikenden zu unterstützen. Nach einer zweiwöchigen Unterbrechung des Hungerstreiks nahmen 60 Gefangene am 10. Februar den Kampf wieder auf, da auf ihre Forderungen nicht eingegangen wurde. Zusätzlichen Schikanen durch das kritisierte Wachpersonal waren die Zeichnerinnen eines Protestbriefs ausgesetzt, der am 13. Februar auf einer Kundgebung verlesen worden war. Nach über vier Wochen Kampf durch Hungerstreik, 14 Selbstverletzungen und 16 Selbsttötungsversuchen hat sich an der Situation für die Inhaftierten nichts verbessert. (taz 21.01.03, 25.01.03, jWV 12., 19. und 26.02.03)

Alltäglicher Antisemitismus

Seine an die Presse verschickte Austrittserklärung aus der SPD „begründete“ der Leiter des staatlichen „Bundesanzeigers“ Claus Harmsen im Dezember 2002 mit offen antisemitischen Aussagen. Er sprach unter anderem vom „Kotau“ Deutschlands vor dem Zentralrat der Juden, der nicht müde werde, „die Bundesregierung anzuklagen und zu beschimpfen“. (ANNA I-2003).

Mit fast wortgleichen antisemitischen Formulierungen erklärte der Sprecher von Attac in Trier, Wolfgang Schmitt, zu den staatlichen Geldern für den Zentralrat: „Warum muß das in Anbetracht leerer Staatskassen sein, dieser Kotau vor dem Zentralrat der Juden?“. (Jungle World, 19.02.03)

In Phillippsburg (Baden-Württemberg) schändeten Antisemiten Ende Dezember einen jüdischen Friedhof. Sie warfen Grabsteine um und beschmierten sie mit Nazi-Parolen. (Jungle World, 08.01.03) Der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Berlin erhielt am 16. Januar eine anonyme Morddrohung mit den Worten „Lüge wird Wahrheit - Holocaust II“. Das Schreiben enthielt eine

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse
ca. 150 Seiten A4, 6 EURO

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

ascheähnliche Substanz. Der Staatschutz sah in dem Brief „keine ernstliche Bedrohung“ und ermittelte „in alle Richtungen“. (Jungle World, 29.01.03) Die jüdische Gedenkstätte in **Leipzig** wurde am 18./19. Januar mit Sprühreien beschmiert. In **Dortmund** hing am 21. Januar ein antisemitisches Plakat an einer Fußgängerbrücke über der Autobahn. (taz, 22.01.03)

Brutaler Nazi-Mord

In **Erfurt** prügeln Nazis in der Nacht vom 25. auf den 26. Januar einen 48jährigen Mann zu Tode. Vorher waren die Nazis provokativ auf einer Party von Punks aufgetaucht. Vor dem Haus schlugen sie mehrere Punks brutal zusammen. Drei Partygäste mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden, einer von ihnen starb zwei Tage später an seinen schweren Verletzungen. Für die Polizei war wie gewohnt angeblich kein politischer Hintergrund erkennbar. (Jungle World 05.02.03)

Weitere Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

In der Sylvester-Nacht griffen in **Potsdam** rund 50 Nazis unter „Sieg-Heil“-Rufen einen Jugend- und Kulturverein an. Sie zerschlugen die Scheiben, versuchten Türen aufzubrechen und warfen einen Brandsatz in den ersten Stock des Gebäudes. Dieser konnte jedoch von den Anwesenden gelöscht werden. (jW 02.01.03)

Auf einem U-Bahnhof in **München** schoß in der Nacht zum 1. Januar ein Nazi auf einen gebürtigen Kubaner; als dieser seiner Frau zur Hilfe kommen wollte. Die Frau hatte sich den Nazis entgegengestellt, die Parolen wie „Sieg Heil“ und „Deutschland über alles“ gegrölt hatten. (Jungle World 08.01.03)

In **Kamenz** (Sachsen) wurden am 3. Januar ein aus dem Irak und ein aus der Türkei stammender Mann von drei Nazis angegriffen. Der 25jährige Mann aus der Türkei wurde verletzt, sein Begleiter konnte fliehen. (JungleWorld 15.01.03) In den frühen Morgenstunden des 4. Januar verübten am Bahnhof **Frankfurt** (Oder) acht Nazis eine Hetzjagd auf einen 26jährigen Mann aus Jordanien, den sie schlugen und traten. (taz 07.01.03) Am 11. Januar wurden in **Cottbus** drei Aussiedler von sechs Nazis beschimpft und geschlagen, zwei wurden durch Messerstiche verletzt. Am gleichen Abend schlugen die Nazis die Scheibe eines türkischen Imbiß-Ladens ein und griffen den Besitzer an. (Jungle World 22.01.03) Ebenfalls im Januar vergewaltigte eine Gruppe Nazis in **Hagen** eine Frau, weil diese einen Tag zuvor einem Jugendlichen zu Hilfe gekommen war, der von diesen Nazis bedroht wurde. (jW 21.01.03) In der Nacht zum 13. Januar griffen in **Berlin** zwei Nazis einen Brasilianer an. Dieser konnte die Angreifer jedoch zu Boden schlagen und in Richtung eines Kinos fliehen. Die herauskommenden Besucher sowie ein Taxifahrer verweigerten ihm jede Hilfe. (JungleWorld 22.01.03)

Am 30. Januar warfen zwei Nazis Brandsätze auf eine von 69 Menschen bewohnte Flüchtlingsunterkunft in **Greiz**. Ein Mensch wurde beim Versuch verletzt, einen der Brandsätze aus dem Fenster zurückzuwerfen. (Jungle World 12.02.03) Einen weiteren Brandanschlag verübten in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar in **Rottenburg** zwei Nazis auf ein von Menschen türkischer Herkunft bewohntes Haus. (taz 10.02.03) In dersel-

ben Nacht kam es zu einem Angriff auf eine linke Kneipe in **Dortmund**. Rund 15 Nazis bewarfen eine Gruppe Linker, die vor der Kneipe stand, mit Dosen und Flaschen und schossen mit Reizgas. Mindestens drei Menschen wurden verletzt. (jW 10.02.03) In **Schönebeck** (nahe Magdeburg) griffen mindestens 14 Nazis in der Nacht zum 9. Februar vier Jugendliche an, schlugen sie zu Boden und traten auf sie ein. Alle vier mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. (FR 12.02.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 29. Dezember demonstrierten 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Bochum** gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Bereits eine Woche später fand am 4. Januar erneut ein Aufmarsch von 230 Nazis in Bochum statt, gegen den 200 Menschen protestierten. 20 Antinazistinnen und Antinazisten wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen. Am 18. Januar demonstrierten 800 Menschen in Bochum gegen einen erneuten Nazi-Aufmarsch. Dem vierten Aufmarsch von rund 230 Nazis in Bochum innerhalb weniger Wochen am 22. Februar stellten sich 4500 Menschen entgegen. Antinazistinnen und Antinazisten gelang es, den Aufmarsch der Nazis durch Blockadeaktionen lange Zeit zu verzögern. (ANNA 1-2003, taz 06.01.03, 20.01.03, jW 25.02.03) In **Wuppertal** demonstrierten am 11. Januar 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten blockierten zwei Bahnsteige und konnten den Aufmarsch um eineinhalb Stunden verzögern. Bei der Räumung des Bahnhofs kam es zu militärischen Kämpfen mit der Polizei. 68 Menschen wurden vorläufig festgenommen. (taz 13.01.03, ANNA 16.01.03) Gegen den Angriff von 50 Nazis zum Jahreswechsel auf ein linkes Wohn- und Kulturprojekt in **Potsdam** demonstrierten am 11. Januar 400 Menschen. (PB 1-212003) In **Uetersen** (Schleswig-Holstein) versuchten am 18. Januar 150 Antinazistinnen und Antinazisten Polizeiabsperrungen zu durchbrechen, um zu einem Nazi-Aufmarsch vorzudringen zu können. 18 von ihnen wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen. (taz 20.01.03) Am 25. Januar protestierten 400 Menschen in **Nordhausen** gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. (taz 27.01.03) 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 31. Januar in **Erfurt** gegen den zunehmenden Nazi-Terror in der Stadt, der wenige Tage zu einem Nazi-Mord an einem 48jährigen Mann geführt hatte. (jW 03.02.03) 600 Antinazistinnen und Antinazisten demonstrierten am 1. Februar in **Berlin** und zogen an „Orten des Rechtsextremismus“ vorbei. (jW 03.02.03) 5000 Menschen demonstrierten in **Chemnitz** am 8. Februar gegen einen Aufmarsch von 500 Nazis. (taz 10.02.03)

Proteste gegen den Irak-Krieg

Angesichts der sich verschärfenden Gefahr eines Krieges hauptsächlich des US- und des englischen Imperialismus gegen den Irak wurden weltweit Protestdemonstrationen und teilweise auch kämpferische Aktionen durchgeführt. In Italien wurden Militärtransporte blockiert, Hafenarbeiterinnen und -arbeiter weigerten sich, Militärausrüstungen und -fahrzeuge auf Schiffe zu verladen. In Großbritannien verweigerten Lokomotivführer den Transport von Munitionszügen. Auf den weltweiten Demonstrationen, die am 15. Februar stattfanden, nahmen in einigen Städ-

ten weit über eine Million Menschen teil (London 1,5 Mio., Madrid 2 Mio., Rom 2,5 Mio.). Auf der Demonstration in Berlin, an der sich ca. 500.000 Menschen beteiligten, wurde von wenigen auch auf den deutschen Imperialismus hingewiesen, auf seine weltweiten Rüstungsexporte, auf seine aggressive, militaristische Politik in und gegen den Irak und auf seine heuchlerischen Friedensphrasen. (FR 27.02.03, jW 17.02.03)

Militante Kämpfe in Bolivien

Bei militärischen Kämpfen eines Bündnisses aus indigenen Bauern und Gewerkschaftern wurden Mitte Januar 19 Menschen von Polizei und Militär erschossen. Die Kämpfe richteten sich gegen die Privatisierung der bolivianischen Gasproduktion, für das Recht auf Kokaanbau, gegen den Beitritt des Landes zur panamerikanischen Freihandelszone und gegen die Stationierung von US-Truppen im Land wandten. Nach den Morden errichteten die Kämpfenden weitere Straßenblockaden, die sie gegen Polizei und Militär verteidigten. (jW 20.01.03 und 23.01.03) Bei Massenprotesten in der Hauptstadt La Paz gegen geplante Steuererhöhungen wurden am 12. Februar 16 Menschen getötet. Die Demonstrantinnen und Demonstranten stürmten das Arbeitsministerium und griffen den Amtssitz des Vize-Präsidenten an. Der Präsident selbst sah sich gezwungen, seinen Amtssitz fluchtartig zu verlassen. (FR 14.02.03)

Erneute Kämpfe von Flüchtlingen in Australien

In mehreren Flüchtlingslagern in Australien kam es Ende letzten Jahres zu Kämpfen dort internierter Menschen. In den Lagern Baxter und Port Hedland wurden Gebäude in Brand gesetzt. In Woomera zerstörten die Flüchtlinge durch Feuer 43 Gebäude und griffen mit Steinen und Eisenstangen die Wachmannschaften an. Ebenso auf der Christmas-Insel, wo es den Flüchtlingen gelang, einen Teil des Lagers unter ihrer Kontrolle zu bringen. Im Lager Villawood scheiterte ein Ausbruchsversuch von 30 Flüchtlingen, nachdem sich vorher 90 Flüchtlinge mit Eisenstangen gegen die Wachmannschaften bewaffnet hatten. Hingegen gelang am 3. Februar sechs Menschen die Flucht aus dem Lager Woomera, das durch Brände mittlerweile größtenteils zerstört worden ist. (FR 02.01.03, taz 04.02.03)

